

„Wir wollen gemeinsam Zähne zeigen“

Vier Bürgermeister wehren sich gegen Verfahren zur DB-Neubaustrecke

Von unserem Redaktionsmitglied **MARCUS LOTZ**

SCHLÜCHTERN/ REGION

Sie geben sich kämpferisch: Die Bürgermeister von Kalbach, Schlüchtern, Steinau an der Straße und Bad Soden-Salmünster kritisieren das Planverfahren für die Neubaustrecke Gelnhausen-Fulda. Gemeinsam betonen sie in einer Pressekonzferenz: Es ist noch nichts entschieden.

Nachdem sich erst das Regierungspräsidium Darmstadt (RP) und schließlich auch die Regionalversammlung Südhessen dafür ausgesprochen hatten, die Trassenvariante IV weiter zu verfolgen, war die Erleichterung in Neuhoof und Flieden groß. Kein Wunder, denn die Variante VII, die bis dahin ebenfalls diskutiert wurde, hätte mitten durch

Sorge um Lebensqualität

Flieden und entlang von Neuhoof geführt. Das RP hatte Variante VII schließlich als raumunverträglich eingestuft (siehe Kasten) und Variante IV den Vorzug gegeben. Diese verläuft wiederum weiter südlich entlang der Kommunen Bad Soden-Salmünster, Steinau an der Straße und Schlüchtern und weiterführend zwischen den Ortschaften Mittel- und Oberkalbach hindurch.

Kein Grund zur Freude für die vier Bürgermeister der betroffenen Kommunen, die sich bei der gestrigen Pressekonzferenz betont kämpferisch zeigten. „Wir wollen gemeinsam Zähne zeigen. Die Botschaft ist: Wir bleiben dran, denn wir haben die Flinte noch lange nicht ins Korn geworfen“, unterstrich etwa Bad Soden-Salmünsters parteiloser Bürgermeister Dominik Brasch.

Denn auch wenn sich der



Die Bürgermeister Mark Bagus, Dominik Brasch, Christian Zimmermann und Matthias Möller fordern ein nachvollziehbares Verfahren und haben sich dafür Andreas Ruckelshausen und Wulf Hahn ins Boot geholt. Die Moderation übernahm Nico Bensing. Foto: Stadt Schlüchtern

Fokus immer deutlicher auf Variante IV richtet, schöpft das Quartett Hoffnung aus der Tatsache, dass im bisherigen Planverfahren aus ihrer Sicht gravierende Fehler gemacht worden seien. So kam Diplom-Geograph Wulf Hahn von der Fachagentur Region-Consult zu dem Fazit: „Die landesplanerische Beurteilung ist hochdefizitär. Dieses Manko schleppt die Bahn nun mit ins Genehmigungsverfahren.“ So seien die Varianten

nicht ausreichend miteinander verglichen worden. Auch sei die Kombination der Varianten V und VII zu voreilig außen vor gelassen worden. Zudem habe die Bahn die Variante IV im Laufe des Verfahrens immer weiter optimiert, während die anderen Varianten auf dem alten Stand vom Sommer 2018 geblieben seien.

Neben diesen grundsätzlichen Punkten brachten die vier Bürgermeister weitere Argumente, bezogen auf ihre je-

weiligen Gemeinden, an. So kritisierte Kalbachs Bürgermeister Mark Bagus (parteiunabhängig), dass das geplante Baugebiet Bornhecke „gravierend“ von Variante IV betroffen sei. Dies, so Bagus, würde sich negativ auf die Siedlungsentwicklung auswirken. „Erhebliche Bedenken bestehen auch im Bereich Trinkwasserversorgung, weil Wasserschutzgebiete tangiert werden“, führte der Rathauschef an. Auch Lärm sei für seine Gemeinde ein großes Thema. „Dieser Lärm wird die Lebensqualität im Kernort massiv einschränken.“ Für den Kalbacher Bürgermeister steht fest: „Wir sehen schwere Mängel. Das können wir nicht akzeptieren.“

Bagus forderte eine „transparente Prüfung aller Varianten“. Auch Schlüchterns Verwaltungschef Matthias Möller (parteilos) betonte: „Wir sind nicht für oder gegen eine bestimmte Variante. Wir wollen, dass die beste Variante objektiv gefunden wird.“

Die Kommunen möchten ihre Kritik nun noch einmal öffentlich an die Regierungspräsidien herantragen. Außerdem behalten sich die vier Gemeinden vor, gegen den Planfeststellungsbeschluss vor Gericht zu ziehen.

DAS VERFAHREN

Seit 2013 befindet sich das Bahnprojekt „Neubaustrecke Gelnhausen-Fulda“ in den Planungen. Ab diesem Zeitpunkt entwickelten Fachleute, Behörden und Öffentlichkeit die **Antragsvarianten**.

2018 gingen die Varianten IV und VII als beste Varianten aus dem umfangreichen Suchprozess hervor. Die Deutsche Bahn favorisiert Variante IV. In seinem Entwurf der Landesplanerischen Beurteilung stellte das Regierungspräsidium Darmstadt (RP) im April fest, dass die **Variante VII nicht mehr ernsthaft in Betracht** kommt. Das RP als genehmigende Behörde kam in dem Entwurf zu dem Schluss, dass sich die Variante in der Raumver-

träglichkeitsuntersuchung als **raumunverträglich** herausgestellt hat. Gleichzeitig wurde Variante IV als raumverträglich eingestuft. Die Regionalversammlung Südhessen (RVS) stimmte dem im Mai zu.

Im nächsten Schritt wird die Bahn die Antragsunterlagen für ein eisenbahnrechtliches Planfeststellungsverfahren stellen. Dieses Verfahren stellt das eigentliche **Zulassungsverfahren** für die Neubaustrecke dar. Es endet bei positivem Verlauf mit einem Planfeststellungsbeschluss. Erst wenn dieser erfolgt ist, besteht für die betroffenen Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, dagegen zu **klagen**.

